



In der Schweiz besteht eine Einlagensicherung bis zum Betrag von 100 000 Franken pro Kunde und Bank.

ALESSANDRO CRINARI / TI-PRESS / KEYSTONE

Banken und die Frage der Einlagensicherung

Angesichts der bei der CS-Rettung vom Bund übernommenen Risiken sollte man über einen möglichen Umbau der heutigen Einlagensicherung zu einer eigentlichen Versicherung nachdenken. Gastkommentar von Paul Huber

Seit der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS stellt sich drängend die Frage, wie in Zukunft mit dem Problem der systemkritischen Grösse der allein noch verbliebenen Grossbank umzugehen sei. Vorerst aber ist zu hoffen, dass die von Bund und SNB bei der CS-Rettung gesprochenen Garantien nie eingelöst werden müssen, da dies zulasten der Steuerzahler ginge.

Bundesrätin Karin Keller Suter hat diese Garantien als eine «Versicherung» bezeichnet. Für einen Versicherungsschutz muss man normalerweise jedoch im Voraus eine Versicherungsprämie bezahlen. Und eine vom Staat gestellte Versicherung für Risiken in der Grösse, wie sie manche Banken eingehen, sollte nicht null Franken kosten. Banken, und insbesondere Grossbanken, geniessen eine implizite Überlebensgarantie, über die keine anderen Wirtschaftsunternehmen verfügen. Für diese Überlebensgarantie wäre eine «Versicherungsgebühr» angebracht.

In der Schweiz besteht eine Einlagensicherung (ESI) bis zum Betrag von 100 000 Franken pro Kunde und Bank, wobei der auszahlbare Maximalbetrag auf 8 Mrd. Franken limitiert ist, was 1,6 Prozent der gesicherten Kundeneinlagen in der Schweiz entspricht. Diese betragen im Jahr 2020 rund 489 Mrd. Franken (wovon etwas weniger als ein Viertel auf die beiden Grossbanken entfiel), was etwa 37 Prozent der gesamten Einlagen in der Schweiz von 1311,5 Mrd. Franken entsprach.

Die ESI deckt also nur einen minimalen Betrag aller Einlagen, die eigentlich versichert sind. Und nicht einmal der Betrag von 8 Mrd. Franken steht im Krisenfall per sofort in einer Kriegskasse zur Verfügung, sondern er muss zuerst von den nicht in einem Konkursverfahren steckenden anderen Banken innert sieben Tagen eingezogen werden.

Das jetzige Einlagensicherungssystem ist im Grunde gedacht für den Fall des Konkurses einer kleinen Bank, wo nach der Verwertung der vorhandenen Aktiven überschaubare Beträge an Kundengeldern ungedeckt bleiben, die dann solidarisch von den anderen, nichtbetroffenen Banken übernommen werden, um das Vertrauen in das Bankensystem zu schützen.

Das System ist jedoch in keiner Weise in der Lage, bei einer grösseren und flächendeckenden Bankenkrise oder gar bei der Krise einer Grossbank einen relevanten Anteil der Kundeneinlagen zu sichern. Es wäre auch nicht verursachergerecht, wenn die anderen Banken beim Untergang einer Grossbank, für den sie keine eigene Schuld trifft, 8 Milliarden aufwerfen müssten.

Für die fehlenden Mittel bis zum vollen Betrag der «gesicherten» Einlagen von 489 Mrd. Franken müsste aber sowieso der Bund einspringen, um die «gesicherten» Einlagen wirklich zu sichern. Und geht man gar davon aus, dass der Staat implizit alle Kundeneinlagen bei Banken in der Schweiz sichert, so entspräche dies den genannten 1311,5 Mrd. Franken. Ausser im Falle eines Weltunterganges wird es zwar nie zum Risiko eines Totalverlusts der gesamten Kundeneinlagen in der Schweiz kommen. In einem Krisenfall sollte aber das Geld in einer Kriegskasse zum sofortigen Einsatz bereitstehen. Dies ist der Fall bei der Einlagensicherung

Das jetzige Einlagensicherungssystem ist im Grunde gedacht für den Fall des Konkurses einer kleinen Bank.

in den USA, der «Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC)». Der von den Banken über Gebühren gespeiste Fonds stand per Ende 2023 auf 128,2 Mrd. US-Dollar, was 1,27 Prozent aller versicherten Einlagen entsprach. Darüber hinaus kann die FDIC Mittel beim Staat leihen, eigene Schuldpapiere ausgeben und ist zudem gedeckt durch den Kredit des US-Staates.

Die Schweiz ist eine viel kleinere Volkswirtschaft als die USA, der Zusammenbruch einer Grossbank oder eine allgemeine Bankenkrise stellt für sie eine noch viel grössere Gefahr dar. Es wäre nun ein passender Moment, einmal nachzudenken über einen möglichen Umbau der heutigen Einlagensicherung zu einer eigentlichen Versicherung gemäss dem FDIC-Modell. Mit jährlichen Prämien der Banken würde ein Risikofonds für den unmittelbaren Notfall geäufnet.

Wie bei der FDIC wären die Prämien nach dem Volumen sowie der Risikoklasse der Kredite einer Bank zu gestalten. Kleinere Banken mit traditionellen, konservativen Krediten würden damit automatisch im Vergleich geringere Prämien zahlen als die grossen Banken mit ihren riskanteren Kreditgeschäften und komplexen derivativen Produkten.

Damit käme das Prinzip der verursachergerechten Verteilung der Kosten, wo nicht alle Banken über den gleichen Kamm geschoren werden, zum Tragen. Zusätzlich ist auch eine Prämienbelastung denkbar gemäss der Höhe des Gewinns und vor allem gemäss der Höhe der Bonuszahlungen.

Banken- und Finanzkrisen werden sich auch in Zukunft nicht ganz vermeiden lassen. Wichtig ist, ob man rasch und entschieden damit umgehen und die Probleme lösen kann, wie es der Schweiz vorerst gelungen ist. Damit die Risiken für die Steuerzahler in der Zukunft jedoch nicht noch grösser werden, dafür müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden.

Paul Huber ist Wirtschaftshistoriker und war lange Zeit in der Finanzbranche tätig.

Ein Krieg um Taiwan ist wahrscheinlicher geworden. Jüngst hat die Aussage des französischen Staatspräsidenten Macron, wonach Europa nicht ein «Vasall» sein dürfe, der ohne eigene Strategie für Taiwan blind den USA folge, den Ausbruch eines solchen bewaffneten Konflikts begünstigt. Denn Chinas Machthaber Xi Jinping hat aus den Fehlern von Wladimir Putin gelernt, der von der Geschlossenheit der freien Welt nach seinem Angriff auf die Ukraine überrascht wurde. Xi ist es nun gelungen, einen Keil zwischen die nordatlantischen Partner zu treiben.

Mehr als nur ein Säbelrasseln

In sicherheitspolitischen Kreisen herrscht Einigkeit darüber, dass die Nomenklatura in Peking nur dann von einer Invasion Taiwans abzubringen sein dürfte, wenn der Preis dafür zu hoch erscheint. Da Frankreich und die Vereinigten Staaten beide mit Militär in der Region um Taiwan vertreten sind, dürfte Xi vor allem interessieren, ob die Franzosen und Amerikaner gemeinsam gegen seine Armee vorgehen, sollte er sich tatsächlich für den Angriff entscheiden.

Es gibt auch Stimmen, die das Manöver und die Simulation eines Bombardements strategisch wichtiger Punkte im demokratisch regierten Taiwan am Osterwochenende nur für Säbelrasseln halten, mit dem Xi versuche, dem heimischen Publikum zu suggerieren, dass Peking am längeren Hebel sitze.

Doch das würde heissen, den chinesischen Führer nicht ernst zu nehmen und den kapitalen Fehler, den Aufmarsch Putins an der Grenze zur Ukraine für einen Bluff zu halten, zu wiederholen. Während der grossen Zusammenkunft im März in Peking, der sogenannten «zwei Sitzungen», hat Xi Jinping viermal gesprochen und viermal sein Militär und die Bevölkerung aufgerufen, sich auf den Krieg vorzubereiten. Das Magazin «Foreign Affairs» hat daraufhin berichtet, dass westliche IP-Adressen chine-

Xi hat aus den Fehlern Putins gelernt

Peking ist es offenbar gelungen, in der Taiwan-Frage einen Keil zwischen die nordatlantischen Partner zu treiben.

Der französische Präsident Macron hat mit seinem China-Besuch Taiwan einen Bärendienst erwiesen. Gastkommentar von Alexander Görlach

sische Staats-Sites im Internet nicht mehr erreichen könnten, um zu verhindern, dass dort die Mobilisierung der chinesischen Armee Alarm auslöst.

Befugnisse des Militärs erweitert

Xi habe ferner, um auch hier nicht den Fehler Putins zu wiederholen, im ganzen Land Rekrutierungsbüros für die Armee eröffnen lassen, um der mit zwei Millionen Soldaten ohnehin schon grössten Armee unter der Sonne weitere Soldaten zuzuführen. Vor allem muss beunruhigen, dass Peking die Befugnisse seines Militärs dahingehend erwei-

tert hat, dass dieses im Falle einer Invasion Taiwans allen, die sich der Annexion in den Weg stellen, den Prozess machen und sie sofort verurteilen könnte. Dies dürfte auf die demokratisch gewählten Politiker in Taiwan abzielen und könnte sogar deren Liquidierung bedeuten.

An der Taiwan gegenüberliegenden chinesischen Küste werden derzeit Bunker gebaut, um im Kriegsfall einen Schutz für die Bevölkerung bereitzustellen zu können. Bereits vor einigen Wochen hatten chinesische Fischerboote die Internetkabel der zu Taiwan gehörenden Matsu-Inseln zertrennt. Alle Zeichen deuten also darauf hin, dass Xi Jin-

ping Ernst macht. Der Zwischenstopp, den Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen in Kalifornien eingelegt hat, dient Peking daher nur als Vorwand für die von langer Hand vorbereitete Mobilisierung. Xi möchte Taiwan isolieren, er wird nicht müde, zu behaupten, dass es eine von China «abtrünnige Provinz» sei.

In Wahrheit hat die Kommunistische Partei niemals über Taiwan geherrscht. Auch besteht die Regierung dort nicht aus «Separatisten», wie Xi Jinping behauptet, sondern aus demokratisch gewählten Volksvertretern.

Hongkong als Testfall

Auch wenn die Bevölkerung auf Taiwan weiterhin gelassen auf die beständige Bedrohung durch China reagiert, hat die Vertretung des demokratischen Eilands in Paris an die Franzosen appelliert, mit der Unterstützung für den Partner und Freund nicht nachzulassen.

Seitdem Xi Jinping die semiautonome Metropole Hongkong unterjocht und die Demokratie-Aktivistinnen dort ins Gefängnis hat stecken lassen, glaubt er, dass die internationale Gemeinschaft nicht gegen ihn vorgehen wird, sollte er Taiwan tatsächlich angreifen. Präsident Macron, der sich im Gespräch mit Chinas Machthaber Xi als diplomatisches Leichtgewicht erwies, hat offengelassen, wie eine von ihm favorisierte eigene Strategie der Europäischen Union überhaupt aussehen könnte. Und so sind chinesische Staatsorgane voll des Lobes für Macron. Dieser hat – zur Freude der Peking Diktatur – den Menschen in Taiwan einen Bärendienst erwiesen.

Alexander Görlach unterrichtet an der Gallatin School der New York University Demokratie-Theorie. Zuletzt erschien von ihm «Alarmstufe Rot: Wie Chinas aggressive Aussenpolitik im Westpazifik in einen globalen Krieg führt».